

hen. Diesen Unternehmen wird es nur gestattet, ihre Zechen auszubeuten, falls sie die notwendigen Technologien besitzen, um wissenschaftlichen Abbau betreiben zu können. Diese Unternehmen müssen auch über Ausrüstungen und Einrichtungen verfügen, um Unfälle bekämpfen und die Sicherheit garantieren zu können. (CD, 14.7.90) -lou-

*(32)

Konsumverhalten der Städter

In der zweiten Hälfte des Jahres 1989 stiegen die Bankeinlagen sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten. Dieser Trend wirkte sich auch 1990 fort, und zwar trotz eines Einschnitts bei den Zinsraten. Die Umsätze industrieller Produkte stiegen nicht wie erwartet an. Die sich daraus ergebende Frage lautet, wie die Mehrzahl der städtischen Bewohner, die die meisten der Bankeinlagen halten, zukünftig dieses Geld ausgeben wollen.

In der Ausgabe vom 21. Juni 1990 berichtete die Beijinger Zeitung *Finanznachrichten* über eine kürzlich stattgefundene repräsentative Umfrage. Diese Umfrage wurde durch eine Gruppe des Zentralen Statistischen Amtes in der südwestlichen Stadt Chongqing durchgeführt. Chongqing ist eines der größten städtischen Zentren in Westchina.

Aus der Untersuchung geht hervor, daß hochwertige dauerhafte Konsumgüter in der ersten Reihe jener Dinge stehen, wofür die Menschen sparen. Ca. 22,3% der Befragten erklärten, daß sie immer noch ihre Ersparnisse für beispielsweise Farbfernsehgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen, Videorekorder oder Möbel ausgeben wollten.

67% dieser genannten Gruppe erklärten, daß sie noch nicht eines dieser Güter besessen hätten, was sie nun kaufen wollten. Die verbleibenden 33% sagten, sie planten einen Ersatz älterer Güter.

20% der Befragten erklärten, daß sie Geld ansparen für die künftige Hochzeit der Kinder.

Nahezu 10% erklärten, daß sie einen Teil ihrer Ersparnisse für Reisen in den kommenden zwei Jahren ausgeben

würden. Viele der künftigen Touristen waren Pensionäre, neuverheiratete Paare und Familien mit einem Kind.

Weitere 20%, meistens Pensionäre, erklärten, daß sie Geld für den Notfall sparen. Da ihre Pensionen geringer wären als ihre früheren Gehälter, müßten sie Geld für Eventualitäten sparen. Ein Befragter antwortete, daß manche Rentner auch einen Teil der zunehmend teurer werdenden medizinischen Behandlung zahlen müßten.

Jene, die erklärten, sie würden ihre Ersparnisse für die Ausstattung ihrer Wohnungen verwenden, machten 11,1% derjenigen aus, die geantwortet hatten.

Von den verbleibenden 16,6% erklärte eine beträchtliche Anzahl, sie würde Geld für die künftige Erziehung der Kinder bzw. deren Anstellung sparen.

Nach der gegenwärtigen Bildungspolitik sind nur symbolische Schulgelder für Mittelschulstudenten zu entrichten; Collegestudenten zahlen kein Schulgeld. Jene jedoch, die sich um die Zulassung bewerben, müssen anspruchsvolle Eingangsexamen bestehen. Die Konkurrenz um die Zulassung zu den erstklassigen Hochschulen und Colleges ist besonders groß. Jene, die bestimmten Erfordernissen nicht entsprechen, können immer noch aufgenommen werden, falls sie das Schulgeld aus ihrer eigenen Tasche zahlen wollen.

Ein Befragter erklärte, er fürchte, daß sein Sohn nicht in der Lage sein werde, die Aufnahmeprüfung für eine angesehene Oberschule bzw. ein College zu bezahlen. Er würde die Zulassung für seinen Sohn kaufen. Dies würde ihn dazu zwingen, den Gürtel enger zu schnallen.

Die Umfrage ergab auch, daß einige der städtischen Sparer ein Auge auf Wertpapiere geworfen hatten. Im Verlaufe der Vertiefung der Wirtschaftsreformen ist eine steigende Anzahl von ihnen daran interessiert, diesen neuen Markttyp zu erobern, obgleich dieser Markt sich noch im Anfangsstadium befindet.

Laut Umfrage waren diese Menschen willens, staatliche Schatzbriefe, Schuldverschreibungen sowie Obligationen zu kaufen, die von Unterneh-

men begeben werden. Diese Menschen glauben, daß sie garantierte Zinsen erhalten können.

Die Zeitung *Finanznachrichten* rief die Behörden auf, den Ergebnissen aus der Umfrage in Chongqing große Aufmerksamkeit zu schenken, weil die Verhältnisse als typisch für die Vorstellungen aller Stadtbewohner angesehen werden. Um den Markt wieder aus seinem Tal herauszuführen, müßten die Industrie- und Handelsunternehmen ihre Produktzusammenstellung anpassen und mehr marktfähige langlebige Konsumgüter liefern. (CD, 5.7.90) -lou-

Taiwan

*(33)

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien

Gleich nach der Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der VR China hat die Regierung Taipei am 22. Juli die "Unterbrechung" (Zhungzhi) ihrer diplomatischen Beziehungen zu dem Königreich erklärt. (LHB, 23.7.90) Wie berichtet, hat die Regierung unter Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) seit dem vergangenen Jahr einen neuen Kurs der "pragmatischen" (Wushi) oder "flexiblen" (Tanxing) Diplomatie eingeschlagen, d.h. Abrücken vom Anspruch auf Alleinvertretung für Gesamtchina. Offiziell oder verbal wird das Ein-China-Prinzip zwar nach wie vor nicht aufgegeben, doch ist man bereit, diplomatische Beziehungen zu jedem Land aufzunehmen, das auch diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhält, oder in eine internationale Organisation einzutreten, zu der Beijing auch gehört.

Die neue Außenpolitik zeigte zuerst große Wirkung in zahlreichen kleinen und armen Staaten, weil Taiwan neben der "flexibleren" außenpolitischen Strategie zusätzlich großzügige Wirtschaftshilfe anbietet. So hat Taiwan in einem kurzen Zeitraum diplomatische Beziehungen zu fünf Ländern aufgenommen, nämlich Grenada, Liberia, Belize, Lesotho und Guinea-Bissau. Beijing wurde gezwungen, seine di-

plomatischen Beziehungen zu diesen Ländern zu unterbrechen, da es immer noch am Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans festhält. In dem chinesisch-saudi-arabischen gemeinsamen Kom-muniqué zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen heißt es, daß die Regierung des Königreichs Saudi-Arabien die Regierung der VR China als "die einzige legitime Regierung für die Vertretung des gesamtchinesischen Volkes" anerkennt. Damit wurden die von Taipei gewünschten zwei chinesischen Vertretungen in Riad von vornherein ausgeschlossen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen betonte Taiwan, daß es keine Änderung in seiner "pragmatischen" Außenpolitik gebe. (LHB, 23.7.90; ZYRB, 24.7.90)

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Riad ist das größte außenpolitische Debakel Taipeis seit dem Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen zu Washington 1979. Jetzt hat Taiwan noch volle diplomatische Beziehungen zu 27 meist welt-politisch unbedeutenden Staaten: einem in Asien (Südkorea), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu), einem in Europa (Vatikanstadt), sechs in Afrika (Guinea-Bissau, Lesotho, Liberia, Malawi, Südafrika, Swasiland), fünfzehn in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominika, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay). -ni-

*(34)

Konferenz über Nationale Angelegenheiten

Vom 28.Juni bis 4.Juli tagte die Konferenz über Nationale Angelegenheiten (Guoshi Huiyi) in Taipei. Die Konferenz war von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) einberufen worden, um einen Konsens aller politischen Strömungen für die Lösung der gegenwärtigen politischen Probleme zu finden. (Vgl. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die politische Krise in Taiwan", in C.a., April 1990, S.288 ff.)

Da die Konferenz keine gesetzmäßigen Befugnisse hat, stand von vornherein fest, daß auf der Konferenz keine Beschlüsse gefaßt werden.

Eingeladen waren 150 Personen aus allen Kreisen einschließlich zahlreicher Regierungsgegner im Exil zur Teilnahme an der Konferenz. Der in den USA lebende prominente Dissident Peng Mingmin lehnte die Einladung ab, weil die Staatsanwaltschaft den Fahndungsbefehl gegen ihn vor seiner Einreise nicht aufheben wollte. Auch einige eingeladene liberale Intellektuelle und Politiker nahmen aus Zweifel an der Bedeutung der Konferenz daran nicht teil.

Auf der Konferenz wurden fünf wichtige Themen diskutiert: die Parlamentsreform, das System der Lokalverwaltung und das System der Zentralregierung, Verfassungsänderung und Politik gegenüber dem chinesischen Festland. Über die Frage von Neuwahlen der über 40 Jahre lang nicht erneuerten staatlichen Parlamentsorgane, der Vervollständigung der lokalen Selbstverwaltung sowie der Verbesserung der Beziehungen zum chinesischen Festland gab es kaum Meinungsverschiedenheiten. Heftige Auseinandersetzungen fanden jedoch bei der Diskussion über die Verfassungsreform und Umgestaltung der Zentralregierungsstruktur statt. Während die oppositionellen Teilnehmer eine völlig neue Verfassung befürworteten, wollten die regierungsfreundlichen Teilnehmer nur eine Teiländerung der jetzigen Verfassung. Zum politischen System der Zentralregierung einigten sich die Teilnehmer von der Oppositions- wie von der Regierungsseite darauf, einerseits den Staatspräsidenten durch das Volk statt der Nationalversammlung zu wählen und andererseits das gegenwärtige Kabinettsystem beizubehalten, dagegen forderten die liberalen Intellektuellen die Einführung eines klaren parlamentarischen Systems.

Bei der Konferenz kamen die führenden Kräfte der Regierungs- und der größten Oppositionspartei, Guomindang und Minjindang, zwar zu einer Annäherung, aber die interne Spaltung beider Parteien verschärfte sich, denn zu der Konferenz waren praktisch keine Vertreter der Nicht-Hauptströmungskräfte beider Parteien eingeladen worden. Außerdem wurde die Konferenz von vielen Mitgliedern des Gesetzgebungsyuan und der Nationalversammlung scharf kritisiert, weil, so ihr Argument, gemäß der geltenden Verfassung sie für die Verfassungs- und Regierungsreform zuständig seien.

Ursprünglich war auf der Konferenz über Nationale Angelegenheiten vorgeschlagen worden, nach der Sitzung zur Fortsetzung der Vorbereitungsarbeiten für die Verfassungsreform eine Konsultationsgruppe unter dem Präsidialamt zu gründen, was aber infolge der Parlamentarierkritik nicht zustande kam. Statt dessen wurde vorerst in der Regierungspartei eine Gruppe zur Planung der Verfassungs- und Regierungsreform (Xianzheng-gaige Cehua-xiaozu) gebildet. (Zili Zhoubao, 6., 13. u. 20.7.90; LHB, ZYRB u. CP, 28.6.-6.7.90) -ni-

*(35)

Anzeichen einer neuen Wirtschaftsdepression

Der Frühindikator der taiwanesischen Wirtschaft schlug im Juni Alarm. Für die Beobachtung des Konjunkturtrends und für Gegenmaßnahmen verwendet man ein System mit einer Skala von 50 Punkten bzw. den fünf Signalen Rot, Rotgelb, Grün, Gelbblau und Blau. Die überhitzte Konjunktur, d.h. über 38 Punkte, wird mit "Rotlicht" signalisiert und "Blaulicht", mit unter 17 Punkten, symbolisiert Depression. Dazwischen liegen die Stufen der Expansion mit "Rotgelb", des Normalgangs mit "Grün" und der Rezession mit "Blaugelb". Vor dem Blau-Signal im Juni hatte schon die Blaugelblampe bereits drei Monate lang ununterbrochen geleuchtet. Die Blaulampe zeigt zuerst nur die Gefahr einer Wirtschaftskrise an. Eine anhaltende Depression kann auch abgewendet werden, wenn man rechtzeitig Gegenmaßnahmen trifft. (LHB, 27.-28.7.90; Zhongguo shibao, Taipei, 27.7.90; ZYRB, 28.7.90)

Bei der letzten Depression vom März bis November 1985 schien das Blaulicht neun Monate lang. Angesichts solch ungünstiger Faktoren in der letzten Zeit wie Investitionszurückhaltung, zunehmender Kapitalabfluß, Exportrückgang, Kursrückfall auf dem Börsen- und Immobilienmarkt, Restriktion bei der Geldmenge und Anhebung der Ölpreise infolge der neuen Golfkrise wird eine noch längere Phase der Depression befürchtet.

Den Statistiken des Wirtschaftsministeriums zufolge ist im ersten Halbjahr die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,66% ge-

sunken, die verarbeitende Industrie hatte sogar einen Rückgang von 3,47% zu verzeichnen. Der Exportwert nahm mit 31.874 Mio.US\$ um 0,77% ab und der Auftragseingang beim Export sank ebenfalls mit 33.287 Mio.US\$ um 0,92%. Der Preisindex bei Wertpapieren lag mit 997,15 (1981 = 100) um 35,2% niedriger als vor einem Jahr. (Domestic & Foreign Express Report of Economic Statistics Indicators, Department of Statistics, Ministry of Economic Affairs, Taipei, Juli 1990) -ni-

Hongkong und Macau

*(36)

Wechselbad der sino-britischen Beziehungen in der Hongkong-Frage

Vom 24. bis 27.Juli stattete der britische Staatsminister Francis Maude einen 4tägigen offiziellen Besuch in der VR China ab. Maude war noch kurz vor seinem Chinabesuch zuständiger Staatsminister für die Kolonie Hongkong des britischen Außenministeriums, bevor er zum Staatsminister des Finanzministeriums ernannt wurde. Nach China reiste er noch in der alten Funktion als Staatsminister des Außenministeriums und sein Besuch wurde von der chinesischen Seite hoch bewertet. Aufgrund der blutigen Unterdrückung der Demokratiebewegung im Juni 1989 in Beijing hatte London wie andere Regierungen westlicher Industriestaaten Kontakte mit der chinesischen Führung auf hoher Ebene eingefroren. Maude ist der erste hohe Beamte der britischen Regierung, der wieder nach Beijing kam, und sein Besuch wird von den Chinesen als ein erster Schritt zur Besserung der Beziehungen zu Großbritannien bzw. Westeuropa betrachtet. Während seines Aufenthalts in Beijing wurde er u.a. auch vom chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng empfangen. (DGB, 26.-29.7.90; XNA, 24.-27.7.90; SWB, 23.-27.7.90; FT, 26.7.90)

Das Hauptthema der Gespräche zwischen Maude und der chinesischen Führung war die Zukunftsfrage von Hongkong, das gemäß dem sino-britischen Abkommen von 1984 am 1.Juli 1997 an die VR China zurückgegeben

werden soll. Unter der Bevölkerung von Hongkong herrscht nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung am 4.Juni des vergangenen Jahres erneut große Angst vor der eigenen Zukunft. Emigration und Kapitalflucht nehmen zu. Um den "Brain-Drain" zu stoppen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft zu stabilisieren, plant London, ein Gesetz über Menschenrechte in Hongkong zu erlassen und 50.000 Hongkonger Familien (rd. 225.000 Personen) britische Pässe mit Aufenthaltsrecht in Großbritannien zu gewähren. Die chinesische Regierung hatte diese Maßnahmen scharf kritisiert.

Am Vorabend von Maudes Chinareise verabschiedete der Exekutivrat (Executive Council) von Hongkong am 17.Juli einen Entwurf des Gesetzes über Menschenrechte - eine Beendigung des Gesetzgebungsverfahrens wird Ende 1990 erwartet. (DGB, 19.7.90) Am 23.Juli wurde das "British Nationality (Hongkong) Act 1990" vom britischen Parlament verabschiedet, das die Vergabe britischer Pässe für 50.000 Hongkonger Familien mit Niederlassungsrecht in Großbritannien vorsieht. Am 26.Juli, als Maude noch in Beijing weilte, trat das Gesetz nach Billigung der Königin in Kraft.

Da nach Verlautbarung beider Seiten die Gespräche zwischen Maude und den chinesischen führenden Politikern in einer "freundlichen, freimütigen und kreativen" Atmosphäre verliefen, gewann man zunächst den Eindruck, daß Beijing bereit ist, in der Nationalitätsfrage der Einwohner Hongkongs einen Kompromiß zu machen. Doch einen Tag nach Maudes Besuch, am 28.Juli, veröffentlichte das chinesische Außenministerium erneut eine scharfe Erklärung gegen das britische Nationalitätsgesetz für Hongkong. Darin wurde Beijings Standpunkt wiederholt, die Nationalität nicht anzuerkennen, die Hongkonger Chinesen nach dem neuen britischen Gesetz erwerben. (DGB, 30.-31.7.90; XNA, 29.7.90) Dies wirkte wie eine kalte Dusche für London und Hongkong nach dem warmen Empfang für Maude in der chinesischen Hauptstadt.

Der zuständigen Hongkonger Behörde zufolge sollen die britischen Pässe für 50.000 Hongkonger Familien in zwei Etappen erteilt werden und zwar für 40.000 in der ersten und 10.000 in der

zweiten Etappe. Die Annahme von Anträgen für die erste Etappe wird im kommenden Dezember und die für die zweite Etappe im Jahr 1993 erwartet. Voraussetzung für den Antrag ist, daß man bereits einen Paß von BDTC (British Dependent Territories' Citizens) besitzt, der allein noch kein Aufenthaltsrecht in Großbritannien gewährt. Wer den vollen britischen Paß in der ersten Etappe beantragen will, mußte schon vor dem Inkrafttreten des neuen britischen Nationalitätsgesetzes für Hongkong einen BDTC-Paß erworben haben. Deshalb flossen an dem einen Tag, dem 25.Juli, also dem letzten Tag vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, 18.000 Anträge auf BDTC ins Einwanderungsamt (im Vorjahr insgesamt nur 1.074). In der kilometerlangen Warteschlange befanden sich auch 30-40.000 Menschen, die bereits einen BDTC-Paß hatten - sie hatten das Datum als den letzten Tag für den Antrag auf vollen britischen Paß nach dem neuen Gesetz mißverstanden.

Von den 5,8 Mio. Einwohnern Hongkongs haben rund 3,25 Mio. den Status eines BDTC. (FT, 25.-26.7.90; DGB, 26.-27.7.90) Bei der Erteilung der insgesamt 225.000 vollen britischen Pässe werden gemäß dem Gesetz Beamte und Fachleute bevorzugt. Nicht nur die chinesische Regierung, sondern auch viele Hongkonger befürchten, daß das Selektionssystem die Gesellschaft eher spalten als stabilisieren wird. (Vgl. dazu C.a., April 1990, Ü 45, S.279) Beijings Angriffe gegen das Gesetz beunruhigen aber die Einwohner der Neukolonie noch mehr. Zur Zeit wandern jede Woche durchschnittlich 1.000 Einwohner aus. Durch die Auswanderung jeder Familie verliert Hongkong rd. 5 Mio.HK\$ an Kapital. (ZYRB, 28.7.90)

Im Zusammenhang mit der eigenen Zukunft hatten die Einwohner Hongkongs die Demokratiebewegung in China intensiv unterstützt. Seit dem blutigen Vorfall vom 4.Juni des vergangenen Jahres warnte die chinesische Regierung wiederholt Hongkong davor, sich in einen Stützpunkt subversiver Bewegung gegen Beijing zu wandeln. Am 27.Juli hat ein Amtsgericht der britischen Kolonie fünf Mitglieder der politischen Organisation "United Democrats of Hongkong" wegen illegaler Einsetzung von Lautsprechern und Geldsammlungen in der